

Bessere Balance durch Umzug aufs Land

Raus aus den überfüllten Metropolen, rein in schwache Regionen: Das ist europaweit eine Herausforderung.

Von Carmen Baumgartner-Pötz

Wien – Es war eine der letzten Amtshandlungen von Ex-Landwirtschaftsminister Andrea Rupprechter (ÖVP) – und sie sorgte für großen Wirbel: Die Übersiedlung des Umweltbundesamts von Wien ins angrenzende Klosterneuburg – der urbanen Speckgürtelstadt schlechthin – wurde als Teil der Strategie zur Stärkung

Hintergrund

Thema: Wie der ländliche Raum gestärkt werden soll.

des ländlichen Raums verkauft. Der Applaus war, gelinde gesagt, überschaubar.

Dabei ist Dezentralisierung europaweit ein großes Thema, das auch am in Innsbruck beheimateten Institut für Föderalismus erforscht wird. Denn das ungenahmte Wachstum von Metropolregionen bei gleichzeitiger Ausdünnung

abgelegener Regionen ist eine politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung. Im Rahmen einer Gesprächsrunde hat das Institut vor Kurzem einen Überblick über die derzeit bekanntesten Dezentralisierungsinitiativen gegeben. „Österreich kann von diesen Beispielen lernen, dass es sich dabei nicht um Aktionen gegen die Hauptstadt handelt“, ist Institutsvorstand Peter Busjäger überzeugt.

Dabei sind die Strategien höchst unterschiedlich. In Bayern wurde sogar die Verfassung geändert, beim Nachbarn bekennt man sich nun dazu, „in ganz Bayern gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fördern und zu sichern“, erklärt Christian Wunderlich, Ministerialdirekt im Bayerischen Staatsministerium für Finanzen. 2015 erfolgte der Startschuss der größten Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte: 50 Behörden und staatliche Einrichtungen



Zankapfel Umweltbundesamt: Es soll aus Wien wegziehen.

Foto: APN/Schlagner

mit rund 3200 Personen werden in alle Regierungsbezirke Bayerns verlagert. 55 Prozent der Projekte sind schon abgeschlossen. Zwangsversetzungen gibt es nicht, dafür Mobilitätsprämien.

Dänemark begann ebenfalls 2015 damit, insgesamt 3900

auch eine Bildungsoffensive am Land: damit junge Leute gar nicht erst wegziehen. Auch die Opposition unterstützt das Prestigeprojekt von Premier Lars Rasmussen.

In Schweden ist zwar die Umstrukturierung von 21 Provinzen auf sechs Großregionen am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, doch die Verlagerung von insgesamt elf Einrichtungen der Zentralverwaltung aus Stockholm in andere Städte Schwedens läuft. Zudem sollen neu geschaffene Behörden vorrangig außerhalb der Hauptstadt angesiedelt werden, erklärt Jonas Norring, Botschaftsrat an der schwedischen Botschaft in Wien.

Finnland wiederum geht einen vergleichsweise radikalen Weg: Dort tritt 2020 eine Reform in Kraft, die die gesamte Verwaltungsstruktur neu ordnet. Durch den „Relocation Act“ soll eine ausgeglichene regionale Entwicklung gefördert werden. Das Vorhaben ist gesetzlich verankert.